

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/62

29. März 1972

Treue zum demokratischen Sozialismus

Alex Möller 50 Jahre in der SPD

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Die Fakten an den Hochschulen feststellen

Angebot der Bundesregierung für eine Ver-
sachlichung der Hochschuldebatte

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 3 und 4 / 90 Zeilen

Ein gutes Stück vorangekommen

Leistungen, die sich sehen lassen können

Von Helmut Rohde MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 5 / 42 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 848 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Treue zum demokratischen Sozialismus

Alex Möller 50 Jahre in der SPD

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Fünf Jahrzehnte lang ist Dr. Alex Möller am 1. April dieses Jahres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dies Jubiläum von besonderem Rang möchte ich zunächst zum Anlaß nehmen, jedem einzelnen aus dem Kreis derer zu danken, die ihr Leben lang der Sache der freiheitlichen Demokratie und des demokratischen Sozialismus die Treue gehalten haben. Vor allem aber möchte ich auch Alex Möller ganz persönlich Dank sagen für alles, was er in diesen fünfzig Jahren der Sozialdemokratie und seinem Land gegeben hat.

In Dortmund geboren, trat er schon als 19-jähriger der SPD bei und zog 1928 als jüngster Abgeordneter in den preußischen Landtag ein, dem er bis zum 2. Mai 1933 angehörte. Zu diesem Zeitpunkt setzte die "Schutzhaft" seiner politischen Arbeit ein vorläufiges Ende. Der ehemalige Journalist durfte sich nach seiner Entlassung bis 1945 politisch nicht betätigen und mußte sich dazu auch beruflich neu orientieren. In der Versicherungswirtschaft fand er ein neues Tätigkeitsfeld, auf dem er es zu hohem Ansehen brachte.

Aber sein beruflicher Erfolg konnte ihn nicht davon abhalten, sich gleich nach Kriegsende bereit zu halten und politische Verantwortung in einer Fülle von Funktionen zu übernehmen. Er leitete im ersten Landtag Württemberg-Badens den Finanzausschuß, er führte von 1950 bis zu seiner Wahl im Herbst 1961 in den Deutschen Bundestag die SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart; von 1962 bis 1966 war er Landesvorsitzender der SPD Baden-Württembergs

und ab 1964 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion sowie mit einer kurzen - selbstgewählten - Unterbrechung Mitglied des Parteipräsidiums.

Vor drei Bundestagswahlen gehörte Alex Möller zur sozialdemokratischen Regierungsmannschaft. Bei der Bildung der sozialliberalen Koalition übernahm er das Amt des Bundesfinanzministers. Seinen Rücktritt im Mai 1971 hat er, der ja außerdem nicht mehr der Jüngste war, wohl in erster Linie als eine pädagogische Maßnahme verstanden. In seinem Verständnis stellte er, nicht zum erstenmal, die Sache über die Person.

Gefragt, warum er seinen reizvollen (und einträglichen) Platz in der Wirtschaft aufgegeben habe, um nach Bonn zu gehen, antwortete er seinerzeit: "Wir Sozialdemokraten haben eben ein sehr starkes Solidaritätsgefühl". Und auch die Antwort auf eine zweite Frage ist aufschlußreich: "Ich habe nie Minister werden wollen. Den Schluß meiner politischen Arbeit hatte ich mir ganz anders vorgestellt. Ein bißchen Arbeit, ein wenig meine Parteifreunde beraten. Mehr erholen und Bücher schreiben".

Aus dem, was hier ganz unfeierlich gesagt wurde, sprechen Gelassenheit und Verantwortungsgefühl und nicht zuletzt eine starke Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft, in die sich Alex Möller seit seinen jungen Jahren eingebunden weiß. Er ist noch lange nicht am "Schluß seiner politischen Arbeit". Ich weiß aus Erfahrung, daß wir ihn nie vergebens um einen Rat bitten werden. Gerade jetzt ist er einer der aktivsten und leidenschaftlichsten Teilnehmer am baden-württembergischen Wahlkampf. Seine von politischen Freunden wie von Gegnern gleichermaßen anerkannte Sachkenntnis und Beharrlichkeit werden uns auch dann noch helfen, wenn Alex Möller in kommenden Jahren sich dazu durchringen sollte, sich "mehr zu erholen und Bücher zu schreiben".

(-/ex/29.3.1972,ks)

+ + +

Die Fakten an den Hochschulen feststellen

Angebot der Bundesregierung für eine Versachlichung der Hochschuldebatte

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Bundesregierung verurteilt in aller Schärfe vorsätzliche Behinderungen von Lehre und Forschung. Wer Gewalt anwendet, oder physische Pressuren anwendet, kann an unseren Hochschulen keinen Platz haben. Ebenso tritt die Bundesregierung mit aller Entschiedenheit Bestrebungen einiger Gruppen entgegen, die wissenschaftliches Denken durch ideologische Indoktrination ersetzen wollen. Die Bundesregierung beobachtet deswegen gewisse Entwicklungen an bestimmten Hochschulen und in einigen Fächern mit Sorge.

Aber der Kampf gegen radikale Gruppen darf uns nicht Nüchternheit und Augenmaß verlieren lassen. Überzeichnung der Situation und undifferenzierte Stimmungsmache vermitteln der Öffentlichkeit ein Bild, das der Wirklichkeit an den Hochschulen nicht entspricht. Unsere Universitäten sind nicht nur Tummelplätze für Radikale.

Verzerrende Darstellungen schaffen bei der Bevölkerung ein Klima blanker Hochschulfeindlichkeit. So wird der Abbau des Numerus Clausus nicht gefördert, sondern verhindert. Mit einseitiger Darstellung gefährdet am Ende die Wissenschaft in unserem Land, was sie zu retten vorgibt.

Einseitige Darstellungen der Lage an den Hochschulen werden heute zu einem Instrument des politischen Wahlkampfes. Man will bange gemachte Wähler von einem politischen Lager in ein anderes treiben. Unsere Hochschulen sind zu wichtig, um sie zu Mitteln der Wahltaktik zu machen.

Störaktionen kommen in jedem Land der Bundesrepublik vor, auch unter einem CDU-Minister in Baden-Württemberg. Polemik, die sich an unsachlicher Schwarzmalerei beteiligt, tut nicht nur der Überwiegenden Zahl der Studenten Unrecht. Gleichzeitig werden Kultusminister und Innenminister, Rektoren, Präsidenten und Hochschullehrer pauschal und undifferenziert der Feigheit und Unfähigkeit bezichtigt. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und die Stabilität unseres demokratischen Staates insgesamt und in seine Institutionen kann auch auf diese Weise untergraben werden. Und das wäre gerade im Sinne radikaler Gruppen an den Hochschulen.

Die Bundesregierung ist nicht blind gegenüber den Extremisten. Sie ist aber auch nicht blind gegenüber der wirklichen Situation. Das unverzerrte Bild unserer Universitäten aber zeigt zunächst, daß nach zuverlässigen Schätzungen die gestörten Lehrveranstaltungen nur einen verschwindend geringen Prozentsatz, oft nur Bruchteile eines Prozentsatzes, ausmachen. Selbst in Heidelberg, das vielfach als Hochburg der "roten Gefahr" hingestellt wird, liegt der Anteil der gestörten Vorlesungsstunden deutlich unter 1 vH. Andere Hochschulen und viele Fachbereiche sind sogar faktisch

störungsfrei.

Diese Zahlen sollen keineswegs die Wirkung verharmlosen, die auch von wenigen Unruheherden ausgehen kann. Es mag auch richtig sein, daß in dem einen oder anderem Fach angebrochene Störung schon zur Anpassung führt, so daß die Statistik nicht alles zeigt. Aber wir müssen das gefährliche Spiel mit der Verunsicherung der Bürger entlarven und die Fakten zeigen. Die Wirklichkeit ist: An unseren Hochschulen gibt es Störungen, gibt es auch Versuche personalpolitischer Unterwanderung, gibt es auch Pressionen. Wir kämpfen dagegen: Politisch und durch Gesetze. Aber an unseren Hochschulen wird auch nach wie vor viel gute Arbeit in Studium, Lehre und Forschung geleistet. Die meisten Studenten arbeiten ebenso interessiert wie frühere Studentengenerationen. Die überwiegende Zahl der Studenten und der Professoren betreibt und schätzt freie Forschung und Lehre und wird dabei von den staatlichen Organen in Bund und allen Ländern voll unterstützt.

Vollends absurd ist es nun dieses Bild weitgehend geordneter Arbeit als die Ruhe einer eroberten Festung zu deuten. Das heißt: die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen. Es offenbart die schwache Position der Wahlkampfaktive, wenn nun plötzlich nicht mehr Unruhe, sondern der ungestörte wissenschaftliche Betrieb als Signal bereits erfolgreicher roter Unterwanderung herhalten muß. Eben weil ich die zielstrebige Taktik gewisser antidemokratischer Gruppen keineswegs verkenne, weise ich Verzeichnungen zurück. Wachsamkeit und Zivilcourage erfordern auch Augenmaß und Nüchternheit. Sonst schlägt man blind ins Ungewisse.

Reformen können natürlich den harten Kern der Radikalen nicht beeindruckt: Wer sich ideologisch einbetoniert hat, ist für Entwicklungen wie für Argumente unzugänglich. Aber Reformen in allen Bereichen und gerade in der Hochschule vermindern den Zulauf, den die Doktrinäre von solchen Studenten haben, die mit Entwicklungen in der Bundesrepublik hadern, aber für rationale und demokratische Auseinandersetzungen eintreten. Sie können und müssen wir mit den demokratischen Reformen unserer Gesellschaft erreichen. Der Polizeistaat von rechts gibt keine Antwort.

Die CDU hat wegen ihrer Reformfeindlichkeit heute faktisch jeden Kontakt mit den Studenten verloren. Aktive Demokraten müssen auch an den Hochschulen beim Durchsetzen demokratischer Reformen entschlossen zusammenstehen. Eine Eskalation der Anklage und pauschale Verurteilungen dienen diesem Ziel nicht.

Die Bundesregierung schlägt deswegen den Ländern eine wissenschaftliche kontinuierliche Untersuchung der Hochschulentwicklung vor. Sie soll den Verlauf der Reformen, ihre Erfolge und Probleme, sowie die Einstellung der Mitglieder an den Hochschulen zu den Problemen, objektiv erkennbar machen. Die Finanzmittel hierfür stehen bereit. Bund und Länder sollten an einem solchen Projekt gemeinsam arbeiten. Nur so wird eine Rückkehr zur sachlichen Diskussion und die Erneuerung unserer Hochschulen möglich sein.

(-/ex/29-3.1972/ks)

+ + +

Ein gutes Stück vorangekommen

Leistungen, die sich sehr lassen können

Von Helmut Rohde MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

Ein Dokument des sozialen Fortschritts ist die Zwischenbilanz III des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, die dieser Tage herausgegeben worden ist. Diese Broschüre des Arbeitsministeriums weist nach seinen Worten anhand von Tatsachen nach, daß unter dieser Bundesregierung in den zwei Jahren mehr geleistet und auf den Weg gebracht worden ist, als sonst in einer ganzen Legislaturperiode. Übersichtlich wird in dieser Broschüre dargestellt, wie das soziale Sicherungssystem ausgebaut worden ist.

Die Einbeziehung der Schüler und Studenten in die Unfallversicherung, der Ausbau des Krankenversicherungsschutzes für Angestellte, die fortschrittliche Entwicklung der Agrarsozialpolitik und die Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen und Selbständige wirken sich für Millionen von Menschen aus. Diese fortschrittliche Politik hebt sich entscheidend von der restriktiven Politik früherer Bundesregierungen ab, die mit engen Versicherungspflichtgrenzen einen beachtlichen Teil der Bevölkerung von der sozialen Sicherung ausgeschlossen haben.

Die Broschüre zeigt auch, wie die Sozialleistungen im einzelnen verbessert worden sind, beispielsweise durch die Dynamisierung der Kriegspferrenten, durch die Abschaffung des Rentner-Krankenversicherungsbeitrages und der Einführung des Arbeitgeberanteils zur Krankenversicherung für alle Angestellten, durch Verbesserungen in der knappschaftlichen Rentenversicherung, durch die Rückzahlung der von den Rentnern 1968 und 1969 geleisteten Krankenversicherungsbeiträge und durch eine Reihe weiterer Leistungsverbesserungen.

Eindrucksvoll wird in der Broschüre auch der vorsorgende Charakter der Sozialpolitik deutlich. Die neu eingeführten Früherkennungsmaßnahmen der Krankenversicherung für rund 25 Millionen Menschen, die Entwicklung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes in den Betrieben, die Förderung der beruflichen Bildung und der Fortbildung für die Arbeitnehmer sowie der Ausbau der beruflichen Rehabilitation für die Behinderten sind Beispiele dafür.

Schließlich wird in der Broschüre die Bedeutung der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen unterstrichen sowie auf die Arbeiten für ein einheitliches Sozialgesetzbuch und ein Arbeitsgesetzbuch hingewiesen. Im Vorwort der Broschüre schreibt Bundesarbeitsminister Arendt: "Mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen".

-/ex/29.3.1972/ks